

# Der Flüchtling wird zur Fachkraft

Deutsche Handwerksbetriebe sehen die starke Zuwanderung als Chance – allerdings braucht die Integration besondere Anstrengungen

Viele Arbeitgeber hoffen, dass die Zuwanderer dem Mangel an Fachkräften abhelfen. Sie sind deshalb oft bereit, die berufliche Integration von Asylsuchenden zu fördern – sofern für den Betrieb die Bedingungen stimmen. Ein Beispiel aus Berlin.

RICARDO TARLI, BERLIN

Prince Okafor setzt den Schraubenschlüssel ans Vorderrad eines dunkelblauen VW Polo und zieht mit sicherer Hand die Radmutter an. Die Bremscheiben sind zuvor von seinem Kollegen ausgetauscht worden, nun ist der Wagen wieder fahrtüchtig. Der Nigerianer im blauen Overall ist Auszubildender im Autohaus Golbeck im Berliner Ortsteil Friedrichshain. Nach einem kurzen Praktikum hat der 33-Jährige Anfang November die Ausbildung als Kfz-Mechatroniker angefangen. «Wir sind sehr zufrieden mit ihm», sagt sein Chef Christoph Golbeck, der im gleichnamigen Autohaus im Boxhagener Kiez rund zwanzig Mitarbeiter beschäftigt. «Er passt sehr gut ins Team. Ich hatte zuvor kaum je einen Azubi, der so motiviert war wie Herr Okafor», lobt der Geschäftsführer.



Prince Okafor, vor fast zwei Jahren aus Westafrika geflüchtet, hat in einem Berliner Autohaus eine Lehrstelle gefunden. RICARDO TARLI

## Aufwendige Förderprogramme

Prince Okafor, der mit einer deutschen Frau verheiratet ist, ist vor neunzehn Monaten nach Deutschland gekommen. Er habe seine Heimat in Westafrika aus politischen Gründen verlassen müssen, erzählt er. Der gelernte Koch gelangte auf einem Boot nach Lampedusa und zog dann weiter nach Deutschland, weil er sich hier bessere Chancen auf eine Arbeit versprach. In Italien habe er mehrmals versucht, eine Ausbildung zum Kfz-Mechatroniker anzufangen, erzählt er. Ohne Erfolg. In Berlin hat es nun geklappt. «Die Arbeit als Auto-mechaniker gefällt mir sehr gut. Das ist mein Traumjob», sagt der junge Mann in gebrochenem Deutsch und lächelt.

Bevor Prince Okafor die Ausbildung begann, absolvierte er im Rahmen eines Deutschkurses ein kurzes Betriebspraktikum im Autohaus Golbeck und wurde danach in das Förderprogramm «Arrived» übernommen. Gemeinsam mit der Handwerkskammer Berlin startete die Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (BGZ) im August 2015 das Pilotprojekt «Arrived». Ziel dieses beruflichen Integrationsprojekts ist es, Flüchtlinge auf eine betriebliche Ausbildung im Handwerk vorzubereiten und ihnen die duale Ausbildung zu ermöglichen. Das Angebot umfasst unter anderem Sprachkurse, Seminare zur Einführung in die Arbeitswelt, Coaching für die Auszubildenden und die Ausbildungsbetriebe sowie Unterstützung der sozialen Integration durch Mentoren.

Die meisten der elf Teilnehmer in Berlin stammen aus afrikanischen Krisengebieten und sind bereits seit mehr als einem Jahr in Deutschland, unter ihnen sind angehende Maler und Lackierer, Zimmerer und Kfz-Mechatroniker. Das Pilotprojekt, an dem bundesweit mehrere Kammern und handwerksnahe Einrichtungen teilnehmen, wird massgeblich vom Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziell gefördert.

«Arrived» schliesst sich an das Berliner Projekt «Arrivo» an. «Arrivo Berlin» ist eine Ausbildungs- und Berufsiniziativa zur Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Ziel ist es, zum einen etwa gegen den akuten Fachkräftemangel und die hohe Zahl Un-ter-setzter Lehrstellen in Berliner Betrieben zu tun, zum anderen geflüchteten Menschen, die über praktische Kennt-

nisse verfügen und selbständig für sich sorgen möchten, beruflichen Anschluss zu ermöglichen. Berliner Betriebe, vornehmlich im Handwerk, bieten Flüchtlingen mit einem mehrwöchigen Praktikum Einblicke in ihren Alltag.

BGZ-Geschäftsführerin Hilde Hansen zieht eine positive Zwischenbilanz für das «Arrived»-Projekt. «Die Betriebe loben das hohe Engagement der Azubis», sagt sie. Allerdings sei das Projekt sehr betreuungsintensiv. Die Migranten benötigen nicht nur Unterstützung beim Lernen der Sprache, sondern auch jemanden, der bei der Wohnungssuche hilft, Behördengänge mit ihnen erledigt oder bei der Eröffnung eines Bankkontos hilft. «Diesen Betreuungsaufwand haben wir bei Projektstart unterschätzt», gibt Hansen zu. Nachdem nachträglich Unterstützung durch ehrenamtliche Tätige organisiert worden sei, verfüge jeder Auszubildende nun über einen individuellen Betreuer.

## Rechtliche Hürden

«Die unterstützenden Angebote von «Arrived» für die Auszubildenden wie auch für die Ausbildungsbetriebe haben mir die Entscheidung, Herrn Okafor anzustellen, stark erleichtert», sagt der Autohaus-Chef Golbeck. Die Entscheidung, einen Flüchtling als Azubi einzustellen, ist ihm dennoch nicht leichtgefallen. Okafor befristeter Aufenthaltsstatus, die Sprachbarrieren und das für einen Azubi relativ hohe Alter stellen nicht die idealsten Voraussetzungen dar, um eine dreijährige Berufsausbildung erfolgreich absolvieren zu können. «Weil Herr Okafor relativ gut Deutsch spricht und mit einer Deutschen verheiratet ist, sind die Aussichten, dass er dauerhaft in Deutschland bleiben kann, gut», sagt Golbeck.

Laut Ingo Kramer, Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), sucht mittlerweile jedes vierte Unternehmen in Deutschland händeringend nach Fachkräften. Vor diesem Hintergrund ist die gegenwärtige Flüchtlingskrise zwar nicht die Lösung, wie Kramer in seiner Rede am deutschen Arbeitstag sagte, sie bringt aber doch auch Chancen mit sich. Eine erfolgreiche Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt gelinge aber nur dann, so der Arbeitgeberpräsident weiter, wenn

alle politischen und rechtlichen Hürden beseitigt würden, um die Ausbildung und die Beschäftigung von Asylsuchenden ohne lange Wartezeit zu ermöglichen (siehe Kasten). Vonseiten der Wirtschaft ist auch die Forderung nach mehr Rechtssicherheit bei der Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen laut geworden. «Die ausländischen Auszubildenden sollten nach Beendi-

gung ihrer Ausbildung mindestens zwei Jahre in Deutschland bleiben dürfen.

## Sorge vor Sprachbarrieren

Das sollte bereits vor Beginn der Ausbildung feststehen», sagt etwa Stephan Schwarz, Präsident der Handwerkskammer Berlin. Andernfalls sei der Anreiz für die Betriebe zu gering, einen jun-

gen Flüchtling einzustellen. «Die Ausländerbehörde sollte deshalb bei der Erteilung von Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen ihren gesetzlichen Spielraum grosszügiger ausnutzen», findet Schwarz.

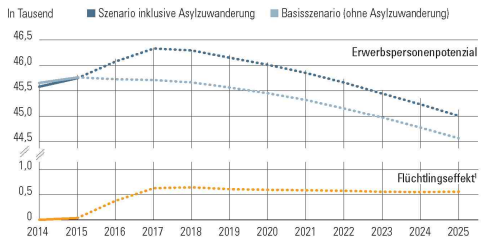
Obwohl Fachkräfte fehlen, haben es Lehrlinge mit Migrationshintergrund ungleich schwerer, einen Ausbildungsplatz zu finden, als Einheimische. Zu diesem Ergebnis kommt eine repräsentative Unternehmensbefragung im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung. Gemäss dieser im Jahre 2014 durchgeführten Studie haben aus Sorge vor Sprachbarrieren oder kulturellen Unterschieden sechzig Prozent der Betriebe noch nie einen Lehrling mit ausländischen Wurzeln eingestellt.

Angeichts des grossen Fachkräftemangels in Deutschland kann Unternehmer Christoph Golbeck diese Vorbehalte nur schwer nachvollziehen. Er will mit gutem Vorbild vorangehen und andere Handwerksbetriebe dazu ermuntern, Menschen mit ausländischen Wurzeln bei der Auswahl der Mitarbeiter stärker zu berücksichtigen. «Wir Unternehmer haben eine gesellschaftliche Verantwortung. Die Flüchtlinge sehe ich als eine grosse Chance.» Mehr als die Hälfte der Flüchtlinge ist laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung unter 25 Jahre alt. «Die jungen Menschen sind sehr motiviert und fleissig. Deren Ausbildung ist für die deutsche Wirtschaft unter dem Strich eine gewinnbringende Investition», ist Golbeck überzeugt. Er ist sich aber sicher, dass die Unterstützung durch Netzwerke und externe Fachstellen unabdingbar ist, um weitere Betriebe von dem Modell zu überzeugen. «Erst solche Programme schaffen die Voraussetzung dafür, dass Ausbildungsplätze für Flüchtlinge entstehen können. Davon profitiert nicht nur die Wirtschaft, sondern die ganze Gesellschaft.» Die öffentliche Hand müsse jedoch für Integrationsprojekte mehr Geld in die Hand nehmen. «Ohne die Aufnahme von Herrn Okafor ins Programm «Arrived» hätte ich mich nicht auf dieses Abenteuer eingelassen.»

## Breit gefasste «Verantwortung»

Ganz grundsätzlich sieht Golbeck aber auch die Notwendigkeit der Integration – und zwar über die Landesgrenzen hinaus. Wird diese nicht entschieden genug vorangetrieben, sieht der promovierte Politikwissenschaftler die EU in der heutigen Form in Gefahr: «Schaffen wir die Integration nicht, könnte das Prinzip der offenen Grenzen in Europa infrage gestellt werden. Das wäre ein grosser Rückschritt und hätte einen grossen Wohlstandsverlust zur Folge.»

## Erwerbspersonenpotenzial und Flüchtlingseffekt



\*Der Flüchtlingseffekt schliesst Familiennachzug und das Hinmischen in Altersgruppen mit höherer Erwerbsbeteiligung wie auch Ausreise ein. Basisannahme für Nettowandlung: 300/000. QUELLE: IAB, NZZ-Infografik/ckc

## Raschere Integration von Jugendlichen

Ricardo Tarli, Berlin · Die deutsche Bundesregierung will junge Flüchtlinge besser in den Arbeitsmarkt integrieren. Ab 2016 können deshalb geduldeten Flüchtlinge deutlich früher Unterstützungsbeiträge für ihre Berufsausbildung beziehen als bisher. Auf Initiative der Regierung hat der Bundestag im November eine entsprechende Gesetzesänderung verabschiedet, die es geduldeten Flüchtlingen ermöglicht, bereits ab Anfang des kommenden Jahres Ausbildungsstellen oder Berufsausbildungsstellen in Anspruch zu nehmen, und das bereits nach einer Vorlaufzeit von fünfzehn Monaten statt wie bisher vier Jahren. Das Kabinett hatte die entsprechenden gesetzlichen Änderungen im August dieses Jahres auf den Weg gebracht.

Für den Bundestag und die Arbeitgeber gehen die Gesetzesänderungen allerdings zu wenig weit. Der Bundestag

hatte eine weitere Verkürzung der Vorlaufzeit für den Bezug von ausbildungsfördernden Leistungen auf drei Monate gefordert. Das lehnte die Bundesregierung jedoch ab: Nach der Einreise sollten zunächst Integrations- und Sprachkurse im Vordergrund stehen, bevor Massnahmen der Ausbildungsförderung sinnvoll ansetzen könnten, argumentierte die Regierung. Solange die Entscheidung des zuständigen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge nicht vorliege, hätten Asylsuchende mit einer Aufenthaltsgestattung nicht die nötige Klarheit über eine Bleibeperspektive. Deshalb sei eine Auszahlung von ausbildungsfördernden Leistungen in diesem Verfahrensstand nicht angezeigt.

Auch für die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) ging die Gesetzesänderung nicht weit genug (siehe Haupttext). Für

Jugendliche dürfe das Asylverfahren nicht Lebensstillstand bedeuten, heisst es in einer Stellungnahme zum Gesetzesentwurf. Besonders für junge Menschen müsse der Zugang zu Bildung und Ausbildung deshalb noch weiter verbessert werden.

«Nicht zuletzt angesichts des hohen Anteils von jungen Asylsuchenden ist ein schneller und rechtssicherer Zugang vor allem zum Bildungssystem und eine berufliche Ausbildung inklusive einer effektiven Förderung der Berufsausbildung von wesentlicher Bedeutung für die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft», heisst es in dem Papier weiter. Alle Förderinstrumente der Berufsausbildung müssten deshalb ab Abschluss eines Ausbildungsvertrages in Anspruch genommen werden können und nicht erst nach fünfzehn Monaten, lautet die Forderung des BDA.